

## Besoldung nicht auswürfeln Spitzengespräch von DGB und Staatsministerium

Unter dem Eindruck der anstehenden Tarifrunde der Länder fand Ende Oktober 2023 das turnusmäßige Spitzengespräch des DGB mit den Hausspitzen von Staats-, Innen-, und Finanzministerium statt. Bereits vor dem Gespräch haben Kolleg\*innen aus allen ÖD - Gewerkschaften deutlich gemacht, dass auch die Besoldungsanpassung verhandelt werden muss und nicht ausgewürfelt werden darf.



Foto: verdi LBZ Baden-Württemberg

### Tarifrunde und Besoldung

Im Gespräch zeigte sich Einigkeit darüber, dass es im Bereich der Länder ein deutliches Plus geben muss, um auch in Zukunft Menschen für den Öffentlichen Dienst zu gewinnen. Wie groß dies sein wird und welche Themen im Rahmen der Verhandlungen sonst noch auf den Tisch kommen werden, wird sich während den Verhandlungen zeigen. Die Gewerkschaftsseite machte deutlich, dass es neben Gehalt und Besoldung einige weitere Punkte gibt, über die gesprochen werden sollte. Das Land hat als Teil der TdL eine Mitverantwortung für die Stärkung des öffentlichen Dienstes. Dazu müssten u.a. Verbesserungen bei der Arbeitszeit, sowie bei Ein- und Höhergruppierung endlich auf den Weg gebracht werden. Der Kontakt soll zwischen beiden Seiten während und besonders nach der Tarifrunde aufrechterhalten bleiben, um gemeinsam gute Lösungen zu finden.

Außerdem muss dringend geprüft werden, inwieweit die Alimentation im Jahr 2023 amtsangemessen war. Hier gibt es eine Zusage des Finanzministeriums, dass eine Unteralimentation und damit eine Nichteinhaltung der vom Bundesverfassungsgericht festgelegten Parameter von Amts wegen geheilt wird.

### Lebensarbeitszeitkonto weiter in Warteposition

Ein weiteres Thema war die Einführung des Lebensarbeitszeitkontos in Baden-Württemberg. Es zeigte sich, dass der Starttermin 01.01.2024 nicht eingehalten werden kann. Es fehlt nach wie vor die grundsätzliche Verständigung innerhalb der Regierung, in welche Richtung es in dieser Frage gehen soll. Dies soll nun Ende November erfolgen.

Solange nicht klar ist in welche Richtung die Entwicklung geht, ist schwer zu bewerten, ob die Regierung auf einem guten Weg ist. Klar bleibt für den DGB, dass mehr Arbeitszeitsouveränität für die Beschäftigten wünschenswert ist. Es kommt aber eben auf die Details an. Wie der DGB im Detail zum Lebensarbeitszeitkonto steht, lässt sich in [Ausgabe 03/2023](#) von Dienst.Gerecht nachlesen.

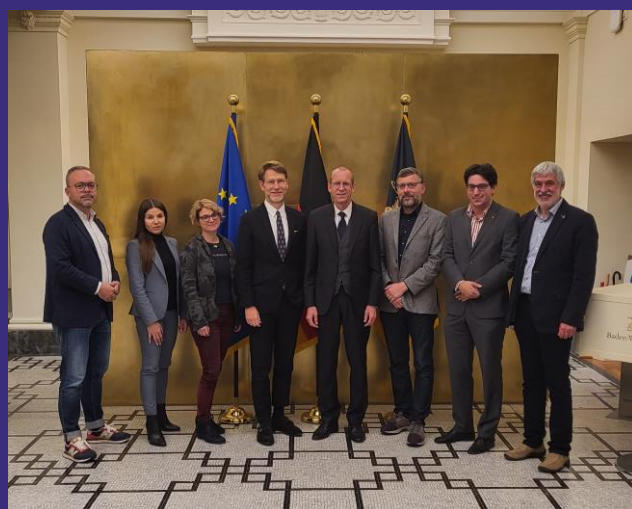


Foto: DGB/Dominik Gaugler